

Offener Brief an die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Bochum, namentlich an den Fraktionsvorsitzenden Ulrich Fuchs und seine Kolleg*innen aus der AfD-Fraktion

Zur Kenntnisnahme auch an alle weiteren Fraktionen im Bochumer Rat, an den Oberbürgermeister der Stadt Bochum Jörg Lukat, an die Medien sowie den Soverän, die Bochumer Bürger*innen

Bochum, den 13. Juli 2026

Danke! Seit sechs Jahren positionieren wir, der Quartiershalle in der KoFabrik e.V., uns ehrenamtlich und konsequent mit viel Fleiß und Inbrunst gegen rechten Hass und rechte Hetze und schreiben ausdrücklich, in Großbuchstaben und fett gedruckt, immer und immer wieder, dass unsere Orte – die Quartiershalle, der Konferenzraum und der Quartiersgarten – **offene, bunte Orte der Meinungsfreiheit sind, an denen Hass, Hetze, Ausgrenzungen, Faschist*innen, Gewalt und Rassismus nichts verloren haben** und endlich, in der 7. Ratssitzung der 10. Legislaturperiode des Rates der Stadt Bochum, hat die AfD-Fraktion den Kaffee, also die „braune Brühe“ so auf, dass sie unter dem Titel *„Zusammenarbeit der Stadt mit dem anscheinend linksextremistischen Verein Quartiershalle in der KoFabrik e.V.“* eine Anfrage an den Bochumer Oberbürgermeister zu uns stellt.

Was sollen wir dazu sagen?

Wir nageln uns ein neues großes Schild an die Tür:

**„Ort, den die AfD für nicht gut befindet! Hereinspaziert und
mitgemacht!“**

Und posaunen ein lautes und zufriedenes „ENDLICH!“ hinterher.

Oder anders gesagt: Alles richtig gemacht, liebe Mitmacher*innen, endlich haben auch die Blauen verstanden, wofür wir stehen und erkennen unsere alltägliche Arbeit an, mit der wir uns seit unserem Bestehen gegen den Rechtsruck und für eine offene Gesellschaft einsetzen!

Wie wir das machen?

Wir sind ein offener Ort! Wir veranstalten Nachbarschaftsfeste, Mitmachaktionen und Erinnerungslesungen, wir initiieren Erinnerungsprojekte, bei denen es darum geht zu verstehen, warum „Niemals vergessen, niemals wieder!“ gerade heute keine leere Floskel sein sollte. Wir geben verschiedensten Gruppen Raum und Platz, die für alles eintreten, was rechte Scheuklappenträger*innen verabscheuen. Bei uns treffen sich Klimawandelgegner*innen, Mitglieder der LGBTQ-Community, sudanesishe,

mongolische, libanesische Kulturvereine, ein Strickclub, attac, das Bündnis gegen Rechts, die Omas gegen Rechts, politische Parteien (übrigens nicht nur die Linke, wie man gerne suggeriert, sondern auch – Hilfe!!! – die Grünen, die SPD, die FDP, die Stadtgestalter, Volt und die CDU), ein Projekt gegen Einsamkeit, Buchclubs, foodsharing, Mietervereine, Kinder aus der Nachbarschaft zur Hausaufgabenhilfe, verschiedenste Bürger*innen-Gruppen, es gibt Zeichenworkshops, Theater, Unternehmen und Gruppen, die Fortbildungen und Versammlungen durchführen, ein monatliches, gemeinsames Mittagessen und, und, und...

Das alles funktioniert nach dem Prinzip „Zahle was du kannst“, weil wir uns als „Raumzurverfügungsteller*innen“ verstehen.

Um das möglich zu machen, vermieten wir unsere Räume an unterschiedlichste Nutzer*innen (Ausnahmen siehe oben: die Sache mit „kein Hass, keine Hetze, keine Faschist*innen“), die auf unseren Seiten sehr offen nachlesen können, was es bei uns noch so gibt und wofür der Solidaritätsmietpreis – den die Allermeisten sehr gerne bezahlen – eingesetzt wird.

Diese Vermietungen machen wir auch, da wir für unsere Räume als ganz normale Mieter*innen monatlich eine vierstellige Miete zahlen müssen. Und das nicht an die Stadt, sondern an unsere Vermieterin. Wir bekommen auch keine Bestandsförderung von der Stadt, wenn diese etwas unterstützt – und deswegen ist sie auch eine Kooperationspartnerin – dann sind das einzeln beantragte Einzelprojekte, meistens kultureller Natur.

Diese ganze Anfrage, die natürlich in einer Demokratie ertragbar ist und die dazu gehört, ist ein durchschaubares und leider mittlerweile gut eingeübtes Manöver der Polarisierung und deshalb haben wir uns dazu entschlossen, laut und öffentlich und deutlich und hier und jetzt zu fragen:

Geht's noch?

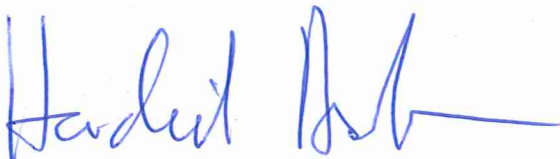
Wer zulässt, dass Remigration Thema ist, wer polarisiert, wer banalisiert und wer einfach stört ohne konstruktiv zu sein, wer seinen Parteitag 100 Jahre nach dem NSDAP-Parteitag – exakt gleiches Datum und nein das ist kein Zufall – durchführt, wer die alltäglichen Entgleisungen der Rechtsextremist*innen und Faschist*innen in den eigenen Reihen Tag für Tag toleriert und unwidersprochen zulässt, der muss mit Widerstand leben, der muss ertragen können, dass Menschen sich widersetzen und sollte nicht im Lamentieren aufgehen, wenn es Menschen gibt, die eine dezidiert andere Meinung haben und für diese eintreten.

Und jetzt noch schnell aufgepasst und Bühne frei: Die rote Hilfe (u.a. wird ihre Nutzung unserer Räume in der Anfrage explizit genannt) wird beim Verfassungsschutz als Verdachtsfall geführt. Und jetzt kurz nachgedacht: War da nicht noch jemand, der, offiziell bestätigt vom OVG NRW 2024, als Verdachtsfall geführt wird? Also lasst uns gerne – wie

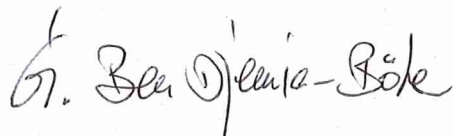
von der AfD eingefordert – über das „Bochumer Versprechen“ (Verurteilung von Extremismus in jeder Form) sprechen, aber dann bitte richtig! Oder anders gesagt: Abmarsch ins Abseits, dahin wo – nach unserer persönlichen Meinung – die AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall auch gehört! Das ist unsere persönliche Überzeugung und auch die Überzeugung von mehr als 120.000 Unterzeichner*innen des NRW-Appells, der zu einem Teil übrigens auch in unseren Räumen ausgeheckt wurde. Details, also wann der NRW-Appell wie bei uns getagt hat, senden wir gerne zu. Das macht die nächste Anfrage im Rat einfacher!

In diesem Sinne – AfD Verbot JETZT!

Der Vorstand des Quartiershalle in der KoFabrik e.V.



Hendrik Becker



Gunda Ben Djemia-Böke



Jooke Unrasch